

# Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei.

No. 39.

Leipzig, den 26. September.

1868.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Plage einschließlich Bringerlohn 12½ Ngr.; einzelne Nummern 1 Ngr. Abonnements für Leipzig nehmen entgegen die Herren M. Dolge am Markt, G. Reichert Sainstraße 27, G. Hofmann Brühl 40, G. Dehler Neumarkt 6, G. Richter Peterssteinweg 7, Leipziger Consumverein Universitätsstraße und die Expedition d. Blattes G. B. Bollrath Bindmühlenstr. 14. Für Dresden Filialexpedition F. W. Grelmann Ballstraße 10. Agent in London für England, Indien, China, Japan, Australien, Südamerika u. die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 24 Brook Street, Grosvenor Square, London.

Mit Nr. 39 schließt das dritte Quartal unseres Wochenblattes, und wir bitten die geehrten Abonnenten, die Bestellungen auf das neue Quartal rechtzeitig zu bewirken, damit die Zusendung des Blattes keine Unterbrechung erleide.

Inhalt: Politische Uebersicht. — Die Arbeiter gegen den Krieg. — Der fünfte Vereinstag deutscher Arbeitervereine in Rürnberg. — Die Konferenz der deutschen Volkspartei. — Aus Berlin. — Aus England. — Aus Amerika. — Beilage: Eine Stimme aus Amerika.

## Politische Uebersicht.

Krieg oder Revolution war das Dilemma, in welchem sich das geängstigte Europa während der letzten andertausend Jahre eingeklemmt fand. Die unsichere Lage des französischen Kaisers war für Niemand ein Geheimniß, und wer Augen hatte zu sehen und Ohren zu hören, der wußte, daß Bonaparte seine Vorbereitungen dahin traf, der drohenden Revolution durch einen Krieg mit Preußen zu entgehen, und die Frage war bloß: wann wird er die Kriegsfackel ins Land schleudern? Jetzt plötzlich ist Abwechslung gekommen in das häßliche Einerlei der Kriegs- und Friedens-Fieberphantasien, von Westen her blüht der Telegraph das Wort: Revolution. Noch nicht Revolution in Frankreich; zunächst bloß Revolution in Spanien, aber so weit wir nach den zersetzten Nachrichten, welche die französische Censur durchpassiren läßt, zu beurtheilen vermögen, eine wirkliche Revolution.

Königin Isabella war gerade auf dem Weg nach Biarritz, wo sie sich bei ihrem „Bruder“ Louis Bonaparte für das Berechnen, ihm 30,000 Soldaten nach Rom zu verschachern, Rath und Hilfe holen wollte gegen ihr eigenes Volk, als sie von der Hobspost ereilt wurde, daß ein Theil der Flotte von Cadix die Fahne der Empörung aufgepflanzt und nach kurzem Bombardement die Stadt sammt der Besatzung zur Uebergabe gezwungen hatte. Sofort kehrte die bestürzte Monarchie um, und sie soll wieder in Madrid angelangt sein. Dort, wie in Aragonien, Catalonien und Andalusien ist der Belagerungsstand verhängt. Der Hauptstich der Insurrektion ist in Cadix, und in Andalusien allein sollen die Rebellen über 15,000 Soldaten und 11 Kriegsschiffe mit 5000 Mann verfügen. Prim's Minister Gonzales Bravo, der mit seiner Familie bereits Frankreich erreicht hat.

Man sagt, orleanistisch-preußische Intriguen seien diesen Ereignissen nicht fremd. Kann sein, daß der elektrische Funke,

welcher die Pulvermine entzündete, nicht in Spanien erzeugt wurde; aber so viel steht fest: der Brennstoff war auf der unglücklichen Halbinsel so massenhaft aufgehäuft, daß der Brand jeder diplomatischen Controle spotten wird. Möglich, daß es den Gewalthabern noch einmal gelingt, die Volksbewegung niederzuwerfen — immerhin ist es ein erfreuliches, hoffnungsvolles Zeichen, daß, nachdem die „Revolution von Oben“ so lange ihre schamlosen Bacchanalien gefeiert, die „Revolution von Unten“ endlich wieder in wildgorniger Majestät auf die Weltbühne tritt und uns den Beweis liefert, daß die Geschichte der Menschheit nicht bloß in den Kabinetten der Kaiser und Könige gemacht wird.

Was wird Bonaparte thun, wenn die Königin von Spanien dem Sturm nicht gewachsen zeigt? Die Frage ist schwer zu beantworten. Intervenirt er, so fordert er direkt die revolutionären Leidenschaften des französischen Volks heraus, das sich sehr wohl bewußt ist, daß jeder Schlag, den die Freiheit in einem andern Staate erleidet, eben so gut Frankreich trifft. Intervenirt er nicht, nun, so läuft er Gefahr, in Frankreich selbst von der Revolution angegriffen zu werden, denn Revolutionen gleichen jenen furchtbaren Erdbeben, welche periodisch Südamerika verwüsten, und die, von einem Punkte aus in immer weiteren Kreisen sich fortpflanzend, Festland und Meer aus den Angeln heben. — Also Gefahr in beiden Fällen.

Unter solchen Umständen wird Bonaparte sich vermuthlich in der Defensiven zu erhalten suchen und, vor der Hand wenigstens, auf die Ausführung seiner Kriegspläne gegen Preußen verzichten. Insofern hat die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, Bismarck's Organ, Recht, wenn sie in der spanischen Revolution eine Bürgschaft des Weltfriedens erblickt; allein sie irrt sich, wenn sie daraus Hoffnungen für den preußischen Cäsarismus auf Kosten des französischen schöpft. Sie irrt sich, weil trotz augenblicklicher Entfremdung eine Solidarität zwischen dem Säbelregiment dies- und jenseits des Rheins besteht, und weil der Sturz des französischen Kaiserreichs mit Nothwendigkeit den des Bismarck'schen Systems nach sich ziehen müßte.

Wenn Völker das Wort haben, verlieren die Worte der Könige und ihrer Diener sehr an Interesse. Und viel mehr als solche Worte hat, außer dem spanischen Drama, die Chronik der letzten Woche nicht aufzuweisen. Wir können uns daher

kurz fassen. König Wilhelm wurde auf seiner politischen Vergnügungsreise von den Hamburger Patriziern an Bord der „Hammonia“ bewirthet und betoastet, was ihn zu der bescheidenen Aeußerung veranlaßte, seine Leistungen für die deutsche Einheit seien ihm nur durch seine gegenwärtigen Bundesgenossen ermöglicht worden. Nach dieser Aeußerung, (die uns beiläufig zeigt, daß König Wilhelm entweder die Verdienste Bonaparte's um die preußisch-deutsche Einheit vergessen hat, oder denselben noch immer zu seinen Bundesgenossen zählt), fuhr die „Hammonia“ weiter und — auf den norddeutschen Sand. Und auf dem norddeutschen Sand blieb sie sitzen sammt dem Gründer des norddeutschen Bundes, bis die Fluth das Schiff wieder flott machte. Wäre es das preußische „Staatsschiff“ gewesen, nicht ein wirkliches Schiff von Holz und Eisen, so würde die Fluth es erst recht auf den Sand gesetzt haben, denn die „Staatschiffe“ des monarchischen Europa sind nur bei Ebbe des Volks-Ozeans flott.

Die alten Römer hätten das königliche auf den Sand laufen für ein übles Omen gehalten; doch wir sind keine Römer.

„Deutschland, die fromme Kinderstube,  
Ist keine römische Mördergrube.“

sang Heine vor 25 Jahren, und seitdem sind wir eher noch unrömischer geworden.

Wieder in Hamburg gelandet, gab König Wilhelm eine friedliche Interpretation seiner neulichen Kieler Rede, die von den meisten Menschen in nichts weniger als friedlichem Sinn aufgefaßt worden war. Damit es der Interpretation nicht an einem praktischen Commentar fehle, hat die preußische Regierung die Errichtung von 13 neuen reitenden Batterien angeordnet. Seit 1½ Jahren forderte der Kriegsminister die Maßregel; aber erst jetzt wird sie durchgeführt — natürlich weil „Alles so friedlich aussieht.“

Mittlerweile hat König Wilhelm, wie der Telegraph zu melden für nöthig hält, seine Reise glücklich beendigt. Er soll sehr zufrieden sein. Ueberall war sein Empfang ein enthusiastischer — sagen die amtlichen, halbamtlichen und nationalliberalen Blätter; die „Hannoversche Volkszeitung“, die so naseweis war, das Gegentheil zu behaupten, ist konfisziert worden.

**Nachschrift.** Die neuesten Berichte lassen keinen Zweifel an dem ernstlichen Charakter der spanischen Bewegung. Mit Ausnahme der Hauptstadt, welche durch die starke Besatzung im Zaum gehalten wird, steht das ganze Land in Flammen. Die Insurgenten kämpfen unter dem Ruf: es lebe die Republik — ein Beweis, daß der Aufstand nicht dynastisch ist, woher auch der Anstoß gekommen sein mag. Ob die Republik von der provisorischen Regierung, deren Mitglieder noch unbekannt sind, schon proklamirt worden ist, läßt sich aus den vorliegenden Berichten nicht ersehen. Die verbannten Generale sind zurückgekehrt, und rechnen mit Zuversicht auf den Uebertritt des Rests der Armee. Königin Isabella ist nicht nach Madrid zurückgekehrt, sondern befindet sich in St. Sebastian am Meer und hart an der französischen Grenze: ihre Koffer sind gepackt und die Millionen, welche sie dem Volke abgepreßt und vorsorglich in ausländischen Staatspapieren angelegt hat, sichern sie vor Noth — bis auf Weiteres.

Es heißt, Bonaparte wolle „entwaffnen“, — ähnlich wie Preußen es gethan. Der Moment scheint uns für einen derartigen Ausbruch des kaiserlichen Humors nicht gut gewählt.

In Nr. 37 unseres Blattes erwähnten wir des reaktionären Gehabrens eines Herrn Päß bei Gelegenheit der letzten „Todtenfeier“ Cassalle's in Hannover, und fragten an, ob be-

sagter Päß Mitglied des Allg. Deutschen Arbeitervereins sei und wenn, ob der Präsident des Allg. Deutschen Arbeitervereins nicht einschreiten werde? Hr. von Schweizer, dessen Unterthanen von der Existenz des „Demokratischen Wochenblatts“ keine Abnung haben dürfen, nahm von unsrer Anfrage keine Notiz, bis sie in der Berliner „Zukunft“ abgedruckt worden, welche am nämlichen Tag eine, die Verschmelzung der sozialdemokratischen Elemente befürwortende Correspondenz aus Leipzig brachte.

Nun konnte Hr. von Schweizer nicht mehr schweigen und in Nr. 108 seines Amtsblatts, des „Social-Demokraten“ schleuderte er gegen unsere Anfrage und die erwähnte Correspondenz einen Ukas, beginnend: „In der „Zukunft“ finden wir nachstehende, einem andren Blatt (!) entnommene gehässige Notiz“. Folgt die „gehässige Notiz“, welche mit der Pöbelhaftigkeit abgefertigt wird: „der Präsident des Allgem. Deutschen Arbeitervereins ist kein Polizeibüttel, kein Censor“. Wohl schön, aber Hr. von Schweizer ist „Diktator“, wie er sich selbst betitelt hat, und von seiner „diktatorischen Gewalt“, welche auch die des „Polizeibüttels“ und „Censors“ einschließt, hat er wiederholt gegen demokratische Mitglieder des Allg. Deutschen Arbeitervereins Gebrauch gemacht. Warum nicht — und wäre es nur der Abwechslung halber — gegen ein reaktionäres Mitglied, das den Verein schändet, und den Prinzipien der Socialdemokratie in's Gesicht schlägt?

Als vor einigen Monaten die große Volksversammlung bei Braunschweig Beschlüsse in ächt demokratischem Sinn faßte, — wie schnell griff da Hr. von Schweizer nach dem Stiel des „Polizeibüttels“, um „einmal tüchtig drein zu fahren“ unter die unglücklichen Vereinsmitglieder, die so naiv gewesen waren, in der von Schweizer'schen „Sozial-Demokratie“ das Wort Demokratie für etwas andres als einen Zierrath oder eine Lockspeise zu halten. Doch Hr. Päß, der reactionäre Pöbelredner — ja Bauer, das ist was anders. — WJM sind kein „Polizeibüttel“, kein „Censor“.

Ja, hätte der Allg. Deutsche Arbeiterverein nicht die „Straffe Organisation“, auf die Hr. von Schweizer sich in demselben Ukas beruft um den Gedanken einer Verschmelzung der sozialdemokratischen Elemente zurückzuweisen, dann wäre die Anfrage des „Dem. Wochenblatts“ allerdings sinnlos gewesen. Aber Noblesse oblige. Das Diktatorspiel figelt die Eitelkeit und hat sonst mancherlei Annehmlichkeiten, ist jedoch leider mit dem fatalen Uebelstand verknüpft, daß es dem Spieler für Alles, was im Bereiche seines Einflusses geschieht, die Verantwortung aufwälzt. — ein Nachtheil, von dem die Kollegen des Hrn. von Schweizer in Biarritz und Barzin zu erzählen wissen.

Genug: Wo es die Organisation der Socialdemokratie gilt, wird die „Straffe Organisation“ des Allg. Deutschen Arbeitervereins als Hinderniß in den Weg geschoben.

Wo es eine reactionäre Kundgebung zu desavouiren gilt, da ist die Vereins-Organisation so lose, daß der Präsident absolut nichts thun kann.

Etwas mehr Logik, Hr. von Schweizer, oder etwas mehr Ehrlichkeit!

Nachdem Hr. von Schweizer im nämlichen Ukas die „Sozial-Demokrat“ das Stieber'sche Manöver die „Waffenpartei“ mit den „Werkzeugen der vertriebenen Fürsten“ zusammenzuwerfen, und sie der „Schürung stupiden und widerlichen Preußenhasses“ anzuklagen, mit gewohnter Meisterhaftigkeit ausgeführt hat, spricht er noch von einem „verschwoenenen Wischwaschi“, welcher Ausdruck sich nur auf das in Nürnberg angenommene Programm beziehen kann; und stößt schließlich die kostbare Tirade aus: „was die Herren (in Nürnberg) jetzt ent-

deut haben, als eine neue Weisheit unter den heftigsten Kämpfen, das wissen und verkünden wir seit Jahren."

Gewach, Herr von Schweizer. Das „verschwommene Wischwaschi" ist nichts mehr und nichts weniger als die „Marx'sche Lehre", die Sie — aus welchen Gründen, das werden Sie selbst am besten wissen — in Ihrer Zeitung und auf der Hamburger Generalversammlung mit byzantinischer Inbrunst verherrlicht, und von deren Urheber Sie u. A. gesagt haben, er sei der wissenschaftliche Begründer des Sozialismus. Wenn die „Marx'sche Lehre" ein „verschwommenes Wischwaschi" ist, was ist dann die Lassalle'sche Lehre, die sich Satz für Satz auf die Marx'sche zurückführen läßt, und so weit sie überhaupt Anspruch auf Wissenschaftlichkeit hat, von dieser nur dadurch sich unterscheidet, daß sie ihr die Spitze abbricht?

Was endlich die Männer betrifft, welche in Nürnberg das Banner der Sozialdemokratie entrollten, so kämpfte ein Theil derselben bereits zu einer Zeit unter diesem Banner, als Herr von Schweizer noch nicht daran dachte, in Mannheim seine moralischen und in Frankfurt am Arm des Herzogs von Coburg seine sozialpolitischen Vorjuden zu eröffnen. Eine „neue Weisheit" wollten sie nicht verkünden, sondern das Fundament für eine Organisation der Sozialdemokratie legen; — und die erstrebte Organisation wird zu Stande kommen, auch gegen den Willen des Herrn von Schweizer, der auf der Hamburger Generalversammlung doch die Gränze seiner Macht im eignen Verein sollte kennen gelernt haben.

Freilich. Eine für Herrn von Schweizer „neue Weisheit" wurde in Nürnberg verkündigt: daß die soziale und die politische Bewegung identisch sind, daß der Sozialismus nur in demokratischer Staatsform verwirklicht werden kann und daß jeder sogenannte „Sozialdemokrat", der um die Gunst des Cäsars buhlt und die Arbeiter durch sozialistische Kraftphrasen vom Pfad der politischen Pflicht wegzulocken versucht, ein Verräther ist an der Sache des Sozialismus sowohl wie der Demokratie.

Verstanden, Herr von Schweizer?

(Das obige war geschrieben, ehe Herr von Schweizer seinen Verein auflöste, ein Theaterkoup, über den wir uns bei Gelegenheit des Näheren auslassen werden, der aber an unserer Stellung zu Herrn von Schweizer und der Stellung des Herrn von Schweizer zur Arbeiterbewegung absolut nichts ändert.)

Man schreibt uns: „Dresden den 20. Septbr.: Sonnabend den 19. d. Mon. fand im Saale der Centralhalle eine öffentliche Versammlung statt, welche vom Deputirtenverein und Arbeiterbildungsverein gemeinschaftlich einberufen war. Der Bericht über den Arbeitertag zu Nürnberg, welcher auf der Tagesordnung stand, übte eine ungewöhnliche Anziehungskraft, und mehr denn 1000 Arbeiter waren anwesend. Nachdem die Versammlung vom Vorsitzenden des Deputirtenvereins eröffnet worden war, berichtete zunächst Kobizsch über die Verhandlungen betr. Altersversorgungs-, Kranken- und Wanderunterstützungskassen. Der Bericht wurde von der Versammlung mit allgemeiner Befriedigung aufgenommen. Hierauf referirte Herr Gledizsch, Vorsitzender des Arbeiterbildungsvereins, über indirekte Steuern und die Behrfrage. Nach kurzer Debatte ergriff Herr Bahlteich das Wort, um in längerer Rede über die Programmfrage zu berichten. Derselbe trat energisch für die sozialistische Bewegung auf und wies jede falsche Beurtheilung derselben entschieden zurück. Auf Antrag des Herrn Bahlteich wurde einstimmig beschlossen:

„Die Versammlung giebt den Beschlüssen des Nürnberger Arbeitertags ihre Zustimmung."

Am 19. d. fand in Meerane eine zahlreich besuchte Volksversammlung statt, in welcher der Abgeordnete des hiesigen Arbeiterbildungsvereins, Schweißel, über den Nürnberger Tag berichtete. Der Redner wies in seinem eingehenden Vortrage nach, wie es keine sociale Frage gebe, die nicht zugleich politisch sei, und umgekehrt, und daß die Lösung sämtlicher Fragen, welche auf der Tagesordnung zu Nürnberg gestanden: die Errichtung von Altersversorgungskassen, von Wanderunterstützungskassen, die Beseitigung der indirekten Steuern, die Verwandlung der stehenden Heere in Volksheere — eine festgegliederte Organisation der arbeitenden Klassen zur unerläßlichen Vorbedingung hätten. Die folgende Debatte bewegte sich dann auch ausschließlich um die Nothwendigkeit einer solchen Organisation. Es wurde von den Rednern hervorgehoben, daß insbesondere die Weber von einem Strike kein Heil zu erwarten hätten und deshalb eine Beschickung des Berliner „Arbeitercongresses" gar nicht in Frage kommen könnte. Der Druck, welcher auf den Webern laste, wie das Junstüberbleibsel in Bezug auf die Beschränkung der Webstühle und die Ausbeutung durch die Verleger, könnte nur dadurch aufgehoben werden, daß sich auch die Weber gleich den Buchdruckern und Cigarettenarbeitern zu einer Gewerksgenossenschaft vereinigen. Mit den Gewerksgenossenschaften müßten auch Gewerkschiedsgerichte Hand in Hand gehen. Nur auf diese Weise würde man in Meerane auch jener Zersplitterung und Feindseligkeit Herr werden, die unter den Webern durch die Verbindung der Hausbesitzenden gegen die zur Miete Bohnenden, welche sich nun nothgedrungen gleichfalls verbindet hätten, entstanden seien. Bei der Wurzel müßte man das Uebel ergreifen, statt sich an Neben dingen gehässig zu verbeißen. Daraus zögen nur die Arbeitgeber Vortheil. Da man aber die Wurzel des Übels kenne, so möge man nun auch keine Zeit verlieren und an deren Ausrottung einmüthig Hand anlegen durch die Gründung einer Gewerksgenossenschaft der Weber. Schließlich wurde noch von mehreren Rednern auf die Nothwendigkeit aufmerksam gemacht, das Organ der social-demokratischen Arbeiterpartei, das „Demokratische Wochenblatt", nach besten Kräften zu verbreiten.

In Sachen des Krebs ist der Berliner Arbeiterverein über alle diese Person betreffenden Anträge zur Tagesordnung übergegangen, hat sich also weder zu einem Vertrauens- noch einem Mißtrauensvotum ermannen können. In der nächsten Vereinsitzung soll über das Nürnberger Programm und die Internationale Arbeiteraffoziation diskutiert werden.

Die preussischen Bergleute sind nicht so geduldig, wie unsere sächsischen. In Essen haben vorige Woche 1100 die Arbeit eingestellt und verlangen die Bewilligung folgender Forderungen: 1) Herabsetzung der erst kürzlich auf 10 Stunden erhöhten Schichtzeit auf 8 Stunden; 2) Erhöhung des erst kürzlich herabgesetzten Lohnes auf seinen früheren Stand, und 3) Aufhören der fortwährenden Maßregelungen seitens der Grubenbeamten.

Die „Sächsische Zeitung" behauptet, die Demokratie Sachsens sei auf der Stuttgarter Conferenz durch keinen Delegirten vertreten gewesen und zieht daraus allerhand Schlüsse auf Uneinigkeit im Lager der Volkspartei. So leid es uns thut, dem Organ der partikularistischen Reaktions Elemente eine schmerzliche Enttäuschung zu bereiten, so müssen wir doch erklären, daß die angegebene Thatfache vollkommen falsch ist, womit die daran geknüpften Vermuthungen von selbst zu Boden fallen.

Wie uns mitgeteilt wird, verlangt die hiesige Polizeibehörde von jedem „Nestfremden“ eine Legitimation, und behält dieselbe während der Dauer seines Aufenthalts. Wir müssen es höchlich anerkennen, daß unsere städtischen Behörden, trotz ihrer bekannten „preußenfreundlichen“ Gesinnung den nationalliberalen Mythos von den „Segnungen“ des nordbündlerischen Paß- und Freizügigkeitsgesetzes mit so realpolitischer Rücksichtslosigkeit ins Fabelreich zu verweisen bemüht sind.

### Die Arbeiter gegen den Krieg.

Der bereits erwähnte Beschluß des Internationalen Arbeitercongresses gegen den Krieg lautet wie folgt:

„In Erwägung, daß die Gerechtigkeit alle Beziehungen zwischen Staaten und Nationen ebensowohl regeln muß, wie zwischen den Bürgern;

daß der Krieg immer nur die Gewalt des Stärkeren und nicht das Recht begründet;

daß er nur ein Mittel ist, die Völker unter das Joch der privilegierten Klassen oder der diese repräsentierenden Regierungen zu bringen;

daß er den Despotismus befestigt und die Freiheit erschüttert (Beweis die letzten Kriege in Italien und Deutschland);

daß er die Unwissenheit und das Elend verewigt, indem er Jammer und Verderben über die Familien bringt und die Demoralisation überall, wo die Heere sich concentriren, verbreitet;

daß Gut und Blut der Völker immer nur dazu hat dienen müssen, die grausamen Instinkte des Naturzustandes unter ihnen zu erhalten;

daß in einer auf Arbeit und Produktion gegründeten Gemeinschaft die Macht in den Dienst der Freiheit und des gleichen Rechtes für Jeden treten muß, daß sie nur eine Garantie des Rechtes und der Freiheit, kein Mittel der Unterdrückung, wäre es auch eines einzigen nützlichen Mitgliedes dieser Gemeinschaft sein darf;

daß in dem gegenwärtigen Zustande Europas die Regierungen die berechtigten Interessen der Arbeiter nicht repräsentieren;

in Erwägung, daß, wenn wirklich der Krieg zum vornehmsten Grund den Mangel eines ökonomischen Gleichgewichts hat, und er demzufolge nur durch die soziale Reform beseitigt werden kann, doch ein weiterer Grund in der Willkür liegt, welche aus der Centralisation und dem Despotismus hervorgeht;

daß also die Völker die Zahl der Kriege vermindern können, indem sie sich denjenigen widersetzen, welche sie erklären und führen;

daß dieses Recht besonders den dem Militärdienst fast ausschließlich unterworfenen arbeitenden Klassen zusteht und sie allein es begründen können;

daß es dazu ein wirksames, gesetzmäßiges und sofort durchführbares Mittel giebt;

daß die Gesellschaft nicht zu existieren vermöchte, wenn die Produktion eine Zeit lang stillsteht;

daß es also genügt, um die Unternehmungen des persönlichen und despotischen Regiments unmöglich zu machen, wenn die arbeitende Bevölkerung die Arbeit einstellt;

erhebt der Kongreß mit aller ihm zustehenden Energie einen Protest gegen den Krieg. Er ersucht alle Sektionen der Assoziation, sowie alle Arbeitergesellschaften und Verbindungen, welcher Art sie auch seien, in ihren Ländern mit aller Thatskraft darauf hinzuwirken, den Krieg zwischen Volk und Volk

zu hindern, der nur als ein Bürgerkrieg, nur als ein Kampf zwischen Brüdern und Genossen betrachtet werden kann.

Besonders empfiehlt der Kongreß den Arbeitern die Einstellung jeder Arbeit für den Fall, daß in ihren Ländern ein Krieg zum Ausbruch kommen sollte.

Indem der Kongreß auf den Geist der Solidarität unter den Arbeitern aller Länder zählt, hofft er, daß ihre Unterstützung nicht ausbleiben wird in diesem „Strike der Völker gegen den Krieg.“

### Der fünfte Vereinstag deutscher Arbeitervereine zu Nürnberg (5—7. September).

Wegen Mangels an Raum können wir heute den ergänzenden Bericht über die Verhandlungen des zweiten Tags nicht geben; wir müssen uns damit begnügen, folgende 2 Aktenstücke mitzutheilen:

#### Protest.

Nachdem die Mehrheit des Vereinstags deutscher Arbeitervereine zu Nürnberg mit Hilfe von Vertretern der Internationalen Assoziation und Vertretern der Volkspartei ein politisches Programm durchgeschickelt hat, haben die Unterzeichneten sich veranlaßt folgenden Protest dagegen einzulegen:

- I. Die Bestrebungen der deutschen Arbeitervereine, welche nach dem Programm des ersten Vereinstags die geistige und materielle Hebung des Arbeiterstandes bezwecken, können nicht durch weittragende Programme gefördert werden. Die Erörterung solcher Programme, die auf ein mehr oder weniger klares staatliches und gesellschaftliches Zukunftsideal verweisen, müssen nothwendiger Weise den Eifer für die auf Selbsthilfe gegründeten Vereinen lähmen, und sind nur geeignet, an die Stelle rühmlicher Arbeit ein Spiel mit leeren Worten und unklaren Phantasmen zu setzen.
- II. Wir erblicken in der Annahme eines bestimmten politischen Programms einen Gewissenszwang für die Vereine, welche in politischen Dingen anderer Ansicht sind, sowie für Arbeiter, denen dieses Programm widerstrebt und daher den Vereinen fern bleiben, während die Arbeitervereine, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen wollen, Jedem offen stehen sollen.
- III. Dem Staate gegenüber sind die Arbeiter berechtigt zu fordern: Die volle Rechtsgleichheit mit allen anderen Staatsbürgern, Befreiung von allen Schranken und Hemmnissen, welche der freien Bewegung des Menschen und der Arbeit entgegenstehen und endlich eine gerechte Vertheilung der Staatslasten. Die Lösung der sozialen Frage kann aber niemals durch den Staat allein geschehen, sie kann hauptsächlich nur herbeigeführt werden durch die freie Thätigkeit der Staatsbürger selbst.
- IV. Eine der wichtigsten Aufgaben der Arbeiter-Bildungsvereine bleibt es, Kenntnisse der staatlichen Verhältnisse und politischen Fragen zu verbreiten und insbesondere den Sinn für das öffentliche Leben zu pflegen und in den Kreisen der Arbeiter Vaterlandsliebe und bürgerlichen Gemeinfinn zu wecken. Die Politik kann also den Arbeitervereinen nicht fremd bleiben; nimmermehr aber dürfen sich diese Vereine als willenloses Werkzeug dieser oder jener Partei mißbrauchen lassen.
- V. Wir erkennen daher den in Bezug auf das vorgelegte Programm gefassten Beschluß als für uns verbindlich nicht an und behalten uns weitere Schritte vor.

Chemnitz durch Start	154	Mitglieder.
Senabrück <sup>1)</sup> durch Schelle	337	„
Hamburg durch Schulze und Martens	650	„
Kiel mit Gauverband <sup>2)</sup> durch Christiansen	530	„
Hewens durch Thorade	100	„
Stuttgart durch Simater	250	„
Weissenburg a. S. durch Kamm	155	„
Kannstadt durch Hochberger	70	„
Schwabach durch Selling	52	„
Wien (Selbstkraft) <sup>3)</sup> durch Rabel und Mehling	800	„
Bielefeld <sup>4)</sup> durch Stör	657	„

<sup>1)</sup> Ist im Mandat nur mit 113 wirklichen Mitgliedern aufgeführt, 224 waren als sog. außerordentliche Mitglieder aufgeführt, die nicht stimmberechtigt waren. <sup>2)</sup> Weder Kiel, noch der mit einbezogene Verein Tondern gehörten dem Verband an, konnten also auch nicht mitstimmen. <sup>3)</sup> Gehört nicht zum Verband, Vertreter hatten kein Mandat, also auch kein Stimmrecht. <sup>4)</sup> Hat 1866 zum letzten Mal

Fürth durch Pfisterer	79 Mitglieder.
Hannover (Stadt) durch Engelking	668 "
Goslar <sup>3)</sup> durch Lüttich	464 "
Freiburg (im Breisgau) durch Moriz Müller	115 "
Ulm <sup>4)</sup> durch Pfeiffer	50 "
Pforzheim durch Wittum und Stöffler	400 "
Geißlingen <sup>5)</sup> durch Krauß	45 "
Regensburg <sup>6)</sup> durch Süß	200 "
Gera <sup>7)</sup> durch Reuter	513 "
Gera <sup>10)</sup> durch G. Fontmeier	650 "
Nürnberg (Arbeiterverein) durch K. Rögner	410 "
Offenbach a. M. (Arbeiterverein) durch Heiligenstädt	75 "
Biberach <sup>11)</sup> durch Seigner.	
Frankenberg <sup>12)</sup> durch Pils.	
München	209 "

### Austrittserklärung der Sonderbündler.

Die Vertreter der Vereine: Bielefeld, Hamburg, Nürnberg (Arbeiterverein), Ulm, Seppens, Weissenburg, Magdeburg, Frankenberg, Gelle, Lüneburg, Garburg, Brüchen, Otterndorf, Nienburg, Chemnitz, Goslar, Sameln, Münden, Elze, Eldagsen, Peine, Osterode, Rastede, Stuttgart, Rannstadt, Freiburg i. B., Pforzheim, Fürth (Arbeiterverein), Gera, Altona, Kiel, Londern, München, Augsburg, Oldenburg, Regensburg, Hannover, Schwabach u. d. Geißlingen halten fest an dem Programm, auf Grund dessen der Verband deutscher Arbeitervereine gegründet wurde, können daher fernerhin nicht einem Verbandsangehörigen, welcher auf Grund des gestern durchgesehenen Programms eine neue Richtung angenommen hat.

Nürnberg, 7. September 1868.

Aug. Reuter (hannov. Gauverband), A. Hochberger, Wittum, K. R. Engelking (Hannover), Ed. Pfeiffer, J. F. Martens, D. Stöhr, Franz Nabel, W. Mehling, Fr. Lüttich, K. Rögner, Minner, Bauer, Staudinger, Karl Simater, D. Feierabend, S. Pfisterer, A. Christiansen, F. S. Schulz, A. Stark (Chemnitz), F. W. Sulfrian (Burg bei Magdeburg), Joh. Bischoff, Ehr. Süß, L. Heiligenstädt, G. Fontmeier (Gera), E. Seling, Franz Heinrich Pils, E. Schelle (Donaubrück), A. Zeitler, Robert Krebs, G. F. Krauß (Geißlingen), Iborade.

(Dem Verband gehörten theils gar nicht, theils seit längerer Zeit nicht mehr an: die Vereine zu Nienburg, Osterode, Elze, Kiel, Londern und Lindau; in deren Namen zu unterzeichnen war eine Annäherung. Dasselbe gilt von den Herrn Nabel und Mehling, (Wien) die nie dem Verbands angehörten. Herr Krebs war nur persönliches Mitglied des Verbands, einen Verein vertrat er nicht.)

### Die Conferenz der deutschen Volkspartei

welche am 19. und 20. d. M. in Stuttgart stattfand, nahm mit großer, an Einstimmigkeit grenzender Mehrheit nachstehendes Programm an:

„Die deutsche Volkspartei bekennt sich in weiterer Verfolgung ihrer seitherigen Bestrebungen und Beschlüsse auf Grundlage der im Auftrage der Darmstädter Delegirten-Versammlung vom 19. September 1865 und der Frankfurter Volksversammlung vom 20. Mai 1866 ausgebreiteten Programme und in Anschluß an die von Johann Jacoby in seiner Zuschrift an den demokratischen Verein zu Hamburg vom 24. Mai 1868 entwickelten Grundsätze sowie im Anschluß an das von dem Nürnberger Arbeitertag angenommene Programm:

1) zu dem demokratischen Gleichheitsprinzip und verlangt daher die gleichartige Mitwirkung aller Staatsbürger bei

Beitrag bezahlt und zwar nur für 183 Mitglieder. Die Zahl der Mitglieder war mit Bleisfeder und wie es scheint, von der Hand des Verretters selbst eingetragen. <sup>3)</sup> Unter den 464 Mitgliedern ist der Verein Osterode mit 49 einbegriffen, der nicht zum Verbands gehörte. <sup>4)</sup> Ulm ist im officiellen Mandat nur mit 40 Mitgliedern angegeben. <sup>5)</sup> Ist im Mandat mit nur 15 aufgeführt. <sup>6)</sup> Ist im Mandat mit nur 150 Mitgliedern aufgeführt. <sup>7)</sup> Umfaßt bei den angegebenen 513 Mitgliedern den Verein Nienburg, der nicht zum Verbands gehörte. <sup>8)</sup> Bezahlt voriges Jahr den Beitrag für nur 73 Mitglieder, des Mandats war nur von einer Person ohne alle Legitimation ausgestellt. <sup>9)</sup> Mitgliederzahl nicht angegeben. <sup>10)</sup> Mitgliederzahl nicht angegeben.

Verfassung und Verwaltung, die Durchführung der Selbstregierung des Volkes im Staate.

2) In nationaler wie in internationaler Beziehung anerkennt die Volkspartei den jedem einzelnen Volksstamm, wie jedem Volk zustehenden gleichen Anspruch auf Selbstbestimmung. Nur auf diesem Wege erstrebt sie die Einigung. Nur ein auf die Freiheit gegründeter deutscher Bundesstaat, mit Einschluß Deutsch-Oesterreichs, nur ein Friedens- und Freiheitsbund der Völker entspricht ihren Grundsätzen.

3) Die Volkspartei anerkennt, daß die staatlichen und gesellschaftlichen Fragen untrennbar sind, und daß sich namentlich die ökonomische Befreiung der arbeitenden Klassen und die Verwirklichung der politischen Freiheit gegenseitig bedingen.“

Ferner gelangten folgende Anträge zur Annahme:

#### In der nationalen Frage.

1) Die Volkspartei ist eine Partei des Friedens, sie erkennt in jedem Kriege eine verdammungswürdige Schädigung aller Freiheitsinteressen und thut, was in ihrer Macht ist, gegen die jetzt drohende Kriegsgefahr.

2) Den Süddeutschen empfiehlt sie zur Abwehr der Verpreussung und im Sinne einer föderativen Wiedervereinigung des gesammten Vaterlandes die Gründung eines freihheitlichen Südbundes, welcher durch eine gemeinsame Volksvertretung und Bundesgewalt zusammengehalten und auf ein dem schweizerischen ähnliches Milizwesen gestützt ist.

3) Innerhalb des Norddeutschen Bundes fördert sie jede Vebstrebun, welche auf größere Selbstständigkeit der einzelnen Landestheile, sowohl Provinzen als Einzelstaaten abzielt. Sie weist den von Preußen annectirten Ländern die Aufgabe zu, das Bewußtsein und die Anhänglichkeit an die im demokratischen Sinn berechtigten Eigenthümlichkeiten ihres früheren Staats- und Gemeindelebens im Volke zu erhalten und zu stärken.

4) In Deutsch-Oesterreich ist die innere Freiheitsarbeit sowohl Vorbedingung wie sichere Gewähr der Wiedervereinigung mit Deutschland; die Beschleunigung und allseitige Durchführung einer gründlichen Reformpolitik ist gleicher Weise ein spezifisch österreichisches wie ein gesamtdeutsches Interesse; nur wenn Deutsch-Oesterreich die Fühlung mit der deutschen National- und Freiheitsbewegung behält und die Segnungen dieser Wechselwirkung erhalten hilft, wird seine innere Reformpolitik Erfolg und Bestand haben.

5) In diesen Bestrebungen hat sich die Volkspartei durch ganz Deutschland wechselseitig zu unterstützen.

6) Im Fall eines Krieges wird die Volkspartei, eingedenk der nationalen Pflicht, auf der Seite stehen, wo sich die Bürgschaft findet für die Unversehrtheit des gesammten deutschen Bodens und für die Herstellung bleibender Unabhängigkeit vom Ausland. Auch im Kriege wird die Volkspartei nicht ablassen von der Arbeit für die Freiheit und Einheit des Vaterlandes.

#### In der sozialen Frage.

Zur Durchführung der in Satz drei des Programms entwickelten Grundsätze empfiehlt sich zunächst:

1) Regelmäßige Besprechung der gesellschaftlichen Fragen in den Partei-Organen und in den Volksvereinen; Förderung des Genossenschaftswesens, namentlich der Gewerksvereine und Produktivgenossenschaften; Unterstützung der Forderungen auf Betheiligung der Arbeiter am Reingewinn.

- 2) Auf dem Wege der Gesetzgebung ist zu erstreben: Hebung der Volksschule, Errichtung von Fortbildungsschulen, unentgeltliche Ertheilung des Unterrichtes in denselben; volle Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, unbeschränktes Niederlassungsrecht; Beseitigung aller zum Nachtheile der arbeitenden Klassen noch bestehenden Ausnahmegesetze (als: Gesetze über Verehelichung, das Wandern, Dienstbotenwesen u.); Aufhebung aller Privilegien und Monopole; Verbot der Kinderarbeit in den Fabriken; Herabsetzung der Arbeitszeit; unbeschränkte Coalitionsfreiheit; Aufhebung der der Bildung von Genossenschaften aller Art im Wege stehenden privatrechtlichen Bestimmungen; Beseitigung aller indirekten Steuern und Einführung einer einheitlichen direkten Steuer mit Progressivitäten; Abschaffung der stehenden Heere.

Zur praktischen Durchführung der gefassten Beschlüsse empfiehlt die Conferenz:

- 1) Die Gründung von Vereinen, welche sich zum Programm der Volkspartei bekennen.
- 2) Die Herstellung einer Verbindung der Volksvereine unter einander durch Gruppen oder Gauverbände da, wo es nach den Landesgesetzen zulässig ist.
- 3) Die periodische Zusammenkunft von Delegirten der Gruppen und Gauverbände.
- 4) Den Verkehr der Volksvereine mit den Arbeitervereinen, welche sich zu den Grundsätzen der deutschen Volkspartei bekennen, dadurch herzustellen, daß die Mitglieder beider Arten von Vereinen zu den beiderseitigen Versammlungen zugelassen werden, und daß der Vereinstag der deutschen Arbeitervereine zur Besichtigung der unter 3 vorgesehene Delegirten-Versammlungen aufgefordert wird.
- 5) Bororte zu ernennen, welche Zeit und Ort der Delegirten-Versammlungen zu bestimmen haben; an den Borort sind alle Mittheilungen über den Stand der lokalen Partei-Verhältnisse zu machen.
- 6) Bis zur nächsten Hauptversammlung Stuttgart als Borort der gesammten Partei zu benennen.

Endlich wurde noch beschlossen:

- 1) Die Volkspartei verlangt von ihren Mitgliedern rastlose und energische Arbeit für die Verwirklichung des demokratischen Staats, für die Selbstregierung des Volks.
- 2) Die Volkspartei ist überzeugt, daß weder die abstrakte Forderung der Republik noch thalloses Harren auf die Revolution geeignet ist, uns dem Ziele der Demokratie näher zu führen und die politische Bildung des Volkes, diese wesentlichste Grundlage dauernder Freiheitszustände, zu heben. Trotz der trostlosen politischen Verhältnisse der Einzelstaaten und gerade Angesichts der die Freiheit wie den Frieden bedrohenden Weltlage fordern wir Bethätigung der Demokratie auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens.
- 3) Die Wirksamkeit auf dem Boden der Volksvertretungen, welche wir nicht unterschätzen, reicht für sich allein nicht aus; wir erwarten von den Parteigenossen unausgesetzte Thätigkeit in Vereinen, Versammlungen und durch die Presse.
- 4) Es gilt vor Allem den fortgesetzten Kampf um das allgemeine und direkte Wahlrecht als die ausschließliche Grundlage der Volksvertretung und um die gesetzliche Anerkennung der deutschen Grundrechte.
- 5) In Sachen der Wahlen empfehlen wir unter allen Umständen die Betheiligung an der Agitation als wirksames Mittel der Volksaufklärung. Ueber die Frage etwaiger

Protestwahlen mögen die Parteigenossen nach vorgängiger Verständigung der einzelnen Stammesgruppen entscheiden.

## Aus Berlin.

Den 23. September.

Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein ist durch seinen Präsidenten, Hrn. von Schweizer, aufgelöst worden. Otfensibler Grund der Auflösung war die vom Berliner Kammergericht vor einigen Wochen verfügte Auflösung der Berliner „Gemeinde“, so wie die neuerdings von der Leipziger Polizei angeordnete Schließung des Leipziger Vereins. Der innere Grund dürfte tiefer zu suchen sein. Herr von Schweizer mußte absolut jedes Verständniß der social-demokratischen Bewegung unserer Zeit, jede Befähigung zum Parteiführer abgesprochen werden, wenn man ihm nicht die Einsicht zutrauen wollte, daß sein Verein in die gegenwärtige Bewegung nicht mehr hineinpaßt, und daß es besser war, denselben in Ehren zu begraben, als ihn kümmerlich fortvegetiren zu lassen. Der Verein trug von Anfang an den Keim einer religiösen Secte in sich. Der Tod und die Todtenfeier Lassalle's machten im Verein eine Art von religiöser Schwärmerei vorherrschend. Von diesem Moment an war der Verein für die allgemeine Bewegung verdorben. Seine Wirksamkeit erstreckte sich nicht über den Bereich einer Secte hinaus. Seine Organisation zu einem Verbands von „Gemeinden“, an ihrer Spitze ein durch ein Council der Bevollmächtigten ernanntes weltliches Oberhaupt mit unumschränkter Machtvollkommenheit in Sachen der Disciplin, und unbedingter Autorität in Sachen des Glaubens, machte das Uebel ärger. Der Verein verschloß sich in sectenrätischer Abgeschlossenheit gegen die Außenwelt, und die Außenwelt gegen den Verein. Nichts desto weniger galt der Verein längere Zeit als hauptsächlichster Träger und Vertreter des social-demokratischen Princips, und die Gegner des Socialismus hatten sogar ein Interesse, den Verein in den Vordergrund der Bewegung zu schieben, denn die mannigfachen Blößen des Vereins wurden die Zielscheibe ihrer Angriffe und überhoben sie der Mühe, sich an die Sache zu halten und das Princip zu bekämpfen. So schadete der Verein der Bewegung, die er zu fördern beabsichtigte, und wenn die Bewegung dennoch Fortschritte gemacht hat, so sind solche erfolgt ohne den Verein, zum Theil selbst gegen den Verein. Wunderbar klang es daher, als wenige Tage vor Auflösung des Vereins Herr von Schweizer den Vereinen der Majorität des Nürnberger Arbeitertages allen Ernstes den Rath gab, in corpore in den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein einzutreten. Und noch wunderbarer klingt es, daß Herr von Schweizer in dem sein Auflösungsdecret begleitenden Manifest sagt:

„Die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins haben mich fast einstimmig zu ihrem Präsidenten gewählt und mir dadurch die Führerschaft der Partei übertragen. Auch nach Aufhebung des Vereinsbandes betrachte ich mich auf Grund jener Wahl und des darin ausgesprochenen Vertrauens als ersten Führer der Partei. . . . . Die Arbeiterpartei wird sich auch in Zukunft als ein Ganzes durch ganz Deutschland fühlen, und wenn ich nicht, wie bisher, als Präsident eines Allgemeinen Deutschen Vereins Anordnungen treffen kann, so werden dennoch die Parteigenossen allerwärts im Interesse der nöthigen Einheitlichkeit der Bewegung nach meinen Rathschlägen handeln.“

Die isolirte Stellung, welche Herr von Schweizer als Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zur Arbeit

Arbeiterbewegung eingenommen hat, macht sich bereits in den Vorbereitungen zu dem von ihm berufenen „Arbeiterkongress“ geltend. Die gestrigen Berliner Zeitungen enthalten folgenden Nothschrei des Lokalkomite's:

### „Arbeiter! Brüder!

Der Moment ist nahe, in welchem die gesetzlichen Schranken fallen werden, die Euch bisher an der Vertbeidigung gegen Uebergriffe des Kapitals verhindert haben. Den nahen Fall jener Schranken, — die Aufhebung der Coalitionsverbote — vorbereitend, werden sich Sonnabend den 26. d. M. und an den nächstfolgenden Tagen Arbeitervertreter aus allen Theilen Deutschlands hier zusammen finden, um die Arbeiter-schaft von ganz Deutschland für das Eintreten jenes Falles zu organisiren. Arbeiter! Welche Schmach wäre es, wenn diese Hunderte von Männern, die das Opfer bringen und hierher kommen, um Euer und Aller Deutschen Arbeiter Interesse wahrzunehmen, in Berlin kein Obdach fänden?! Wendet die Gefahr dieser Schande von Euch ab, nehmt die Delegirten, Eure Brüder und Vorkämpfer, in Eure Quartiere gastlich auf! „Helft Euch selbst“, Arbeiter, das heißt: „Helft Einander!“

### Aus England.

London, den 21. September.

Was immer die kontinentalen Regierungen und Kapita-listen von der Internationalen Arbeiter-Association denken mögen, die englische Tagespresse erkennt sie als eine Macht an und hat sie während der Brüsseler Kongress-Sitzungen in ihren Leitartikeln mit der größten Achtung behandelt. Der „Daily Telegraph“ allein hat es nicht der Mühe werth gehalten, sein kaffee-schwesterliches Lesepublikum mit den Strebezelen der internationalen Arbeiter-Bewegung bekannt zu machen. Die „Times“ ist sehr zufrieden damit, daß die englischen und deutschen Delegirten die von einigen französischen und belgischen Delegirten befürwortete Proudhon'sche Theorie in Betreff der Kreditfrage zurückgewiesen, die Tausch-banken für ökonomisch unhaltbar erklärt und sich der Abstimmung enthalten haben. Ebenso drückt sich die „Times“ befriedigt darüber aus, daß sich die Majorität der Kongress-Mitglieder für die moderne große Agrikultur, den fabrikmäßigen Betrieb des Ackerbaues und gegen die in Frankreich vorherrschende kleine Bauernwirtschaft ausgesprochen hat. Sie findet es natürlich, daß die Arbeiter gegen die individuelle Macht der großen Grundeigentümer auftreten und ist der Meinung, daß den Arbeitern nichts im Wege steht, durch Experimente zu beweisen, daß ihre Theorie der Umwandlung des Grundeigentums in Kollektiv-Eigentum\*) die wahre ist. Sie rät den Gewerks-Genossenschaften\*\*) (Trades'-Unions) ihre aufgeschäuften Gelder, gleich den französischen Finanzmännern, zum Ankauf von Grundeigentum zu verwenden und den Ackerbau kooperativ zu betreiben. Wie die Arbeiter, wenigstens in den Ländern, wo das Grundeigentum mehr oder weniger konzentriert ist, die genossenschaftliche Produktion der Lebens-mittel bewerkstelligen werden, wird die Geschichte der nächsten Zukunft lehren. Ein großer Schritt vorwärts ist dadurch ge-

\*) Dieser Beschluß, den das englische Bourgeoisblatt mit philo-sophischer Ruhe hinnimmt, scheint in Deutschland zu der grauenhaften, die alten Weiber beider Geschlechter in fieberhafte Aufregung versetzenden Schreckensmähr den Anlaß gegeben zu haben, der Internationale Arbeiter-Kongress habe den Communismus dekretirt, und es solle nun natürlich sofort getheilt werden!

\*\*) Dieser Name ist passender, als der zu Verwechslungen Anlaß gebende: Gewerbe-Vereine, und wird deshalb von jetzt ab regelmäßig von uns angewandt werden.

wonnen, daß die Enterbten der bürgerlichen Gesellschaft auf dem Gipfel der europäischen Civilisation als eine reelle, in den bestehenden Zuständen der Gesellschaft selbst begründete Macht anerkannt werden.

Mit unserer Wahl-agitation steht es noch immer beim Alten. Wie ich vor Wochen angezeigt: der Wahlkampf dreht sich um die irische Staatskirche, — eins von den Ueberbleibseln der Eroberungspolitik früherer Zeiten — ein Hinderniß, das aus dem Wege geräumt werden muß, dessen Beseitigung aber gegenwärtig die Wirkung hat, die eigentliche Arbeiterfrage in den Hintergrund zu drängen. So unglaublich es auch erscheinen mag, für den ganzen Distrikt der Hauptstadt hat sich nur ein einziger Arbeiter als Candidat gemeldet: George Odger, der sich über die Bedürfnisse der Arbeiter vollkommen klar ist und den ganzen Schwindel der radikalen Bourgeoisführer in seinem wahren Lichte zu würdigen weiß, es aber dennoch für zweckmäßig findet, sich dem allgemeinen Geschrei anzuschließen, und die Arbeiterfrage nur als Bedingung seiner Unterstützung der liberalen Bourgeoisie hinzuzufügen. In Manchester, dem Herd der politisch-sozialen Bewegung des britischen Königreichs hat der Arbeiter-Candidat Ernest Jones, der während der An-stellung seines Vaters am Hofe von Hannover die Lehren der modernen Humanitäts-Bestrebungen auf der Göttinger Uni-versität einsog, ebenfalls der Bourgeoisie gegen seine Ueberzeugung Konzessionen machen müssen in Betreff der Landfrage. Die Arbeiter jedoch haben sich noch im letzten Augenblick auf-gerafft, ihre Würde zu retten, obgleich ihr Auftreten vergebens sein wird.

Der Manchester- und Salforder „Gewerk-Rath“, welcher aus den Delegirten von 34 Gewerks-Genossenschaften besteht, die ihren Sitz innerhalb eines Umkreises von 6 eng-lischen Meilen haben, hat durch seinen Sekretär sieben Fragen an die Parlamentscandidaten der betreffenden Städte und Grasschafts-Abtheilung gerichtet. Die drei ersten dieser Fragen lauten: 1) „Sind Sie dafür, daß der volle Schutz der Geseze für die Fonds der Gewerks-Genossenschaften gewährt werde, und würden Sie für solche Geseze stimmen ohne Rücksicht auf ir-gend welche Bedingungen mit Bezug auf die innere Organi-tation der Gewerks-Genossenschaften?“ 2) „Wollen Sie einen Gesezvorschlag unterstützen, wonach Arbeitgeber für Nachlässig-keiten — die in den bestehenden Fabrikgesetzen nicht vorgesehen — bestraft werden können, wenn die Nachlässigkeit zu Un-glücksfällen führt, die hätten abgewendet werden können?“ 3) „Wollen Sie eine weitere Ausdehnung der Fabrikgesetze unter-stützen und dafür wirken, daß die in der Fabrikgesetz-Erweite-rungs-Bill von 1867 erwähnten Fabriken und Werkstellen we-nigstens zweimal im Jahre von einem Inspektor besucht werden müssen?“ Die vierte Frage betrifft eine durch das Gesez festzustellende klare und deutliche Definition dessen, was z. B. bei Gelegenheit von Arbeitseinstellungen als „Verschwörung“ (conspiracy) oder überhaupt als „strafbare Handlung“ auf Seiten der Arbeiter zu betrachten ist. Die übrigen drei be-ziehen sich auf einen möglichen Versuch der Gesezgebung, die Krankenlassen von den zu Gewerkszwecken erhobenen Fonds zu trennen; in Arbeits-sachen Arbeitgeber und Arbeiter vor dem Geseze gleichzustellen und Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern durch gesetzlich bevollmächtigte Schiedsgerichte zu schlichten.

Mit der Gleichstellung vor dem Geseze hat es eine be-sondere Wandtniß. Nach den hier bestehenden Gesezen ist eine Arbeitskontrakt-Verletzung von Seiten der Arbeiter ein Criminal-Vergehen, das mit Gefängnißstrafe ge-ahndet wird. Von Seiten der Kapitalisten ist dagegen eine Kontrakt-Verletzung nur ein Civilvergehen, das mit Geld-

strafe gebüßt werden kann. Geldstrafe für den Kapitalisten ist aber keine Strafe, in den meisten Fällen entschädigt er sich durch Abzüge von dem Arbeitslohn seiner Arbeiter. Daß die Arbeiter durch praktische Erfahrungen zu denselben Schlüssen kommen, wie Männer, die, gleich Carl Marx, den Prozeß der kapitalistischen Produktion wissenschaftlich untersuchen, beweist folgender Beschluß, der in einer Arbeiterversammlung zu Boston in Amerika gefaßt wurde: „die Idee, unseren Arbeitslohn, wo der achttündige Arbeitstag an Stelle des zehnstündigen eingeführt wird, um 20 Prozent zu vermindern, beruht auf der trügerischen Voraussetzung, daß wir heute für zehn Stunden Arbeit des Tages bezahlt werden, welches nicht der Fall ist. Erhielten wir den Werth von zehn Stunden Arbeit, so könnte es keine reiche Leute geben, die Peabodies, Astors, Stewards und Belmonts (lauter Millionäre) wären unmöglich.“

Wie viel sich die Kapitalisten von der Arbeit der arbeitenden Bevölkerung in der heutigen Gesellschaft aneignen, beweist Folgendes: Vor einem Jahre singen die Eisgießer von Rochester (in Amerika) an, in ihrer Kooperativ-Werkstätte auf eigene Rechnung zu arbeiten. Sie verkauften die Produkte ihrer Arbeit zu den gewöhnlichen Marktpreisen. Das eingezahlte Kapital belief sich auf 18,000 Dollars; nach Verlaufe von sechs Monaten belief sich der gewöhnliche Geschäftsprofit auf 8392 Dollars. Von diesem Gewinne wurden 12 Prozent unter die Aktieninhaber, das Uebrige unter die Arbeiter vertheilt.

## Aus Amerika.

New-York, Anfangs September.

In der neuesten Nummer des in Chicago erscheinenden „Workingman's Advocate“ (Arbeiter-Anwalt) eines Blattes, welches den noch etwas beschränkten Standpunkt der meisten in Gewerkschaften organisirten amerikanischen Arbeiter vertritt, aber ehrlich und treu bei der Fahne bleibt, während die von fünf deutschen Gewerkschaften gegründete „Arbeiter-Union“ unter der Leitung eines unwissenden Doktors der Rechte und Zeitungsschreibers bald offen, bald versteckt für die Bourgeoisie schreibt — finde ich die Verhandlungen abgedruckt, welche ein Vertrauensrath der Nationalen Arbeits-Genossenschaft (National-Labor-Union) am 2. und 3. Juli gepflogen hatte, um dem Präsidenten dieser Central-Behörde, Herrn J. C. C. Whaley, dessen Aufforderung gemäß, bei der bevorstehenden Präsidenten-Wahl Rath zu ertheilen. Da Sie es für passend hielten, die ganze Plattform (Programm) der republikanischen Convention abjudrucken, gestatten Sie mir auch wohl, das Wesentlichste aus den Beschlüssen \*) der Arbeiter mitzutheilen, deren politische Thätigkeit hier schneller beginnen wird, als die Herren vom Kapital und die Herren vom Grund und Boden glauben und wünschen.

Bemerkenswerth ist folgender Antrag, den der Antragsteller mit der Bemerkung begleitete, er würde gegen ihn stimmen und wolle nur die Sache vorbringen: Dieser Rath halte es nicht für dienlich, für die nationale Arbeitsreformpartei einen Präsidentschafts-Candidaten aufzustellen. Der Antrag wurde beinahe einstimmig abgelehnt. Am 4. Juli tagte bekanntlich die demokratische Konvention in New-York; ein Antrag,

eine Adresse an diese zu richten, wurde einstimmig abgelehnt. Man sagte: „Wir wollen uns um unsere eigenen Angelegenheiten kümmern und unsere Grundsätze öffentlich verkünden; wenn eine der Parteien sie annehmen will, werden wir uns freuen; wenn nicht, so wollen wir unsere eigne Plattform (Programm) und unsere eigenen Candidaten aufstellen.“

Beschlüsse: „Da das Recht auf Arbeit und ihren Lohn selbstverständlich ist, da das Uebermaß oder Mangel an Beschäftigung eine fruchtbare Quelle von Unwissenheit, Elend und Verbrechen ist, und da Gesetzgebung und Monopolwirthschaft danach trachten, die Freiheit der Industrie zu unterdrücken, ihre Thatkraft zu lähmen und ihren Erwerb zu entwenden, beschloffen:

„1) Die producirenden Klassen, sowohl die im Ackerbau, Bergbau und Fabrikwesen, als die mit mehr geistiger Thätigkeit Beschäftigten bilden den wichtigsten Theil jeder Gesellschaft; Bertheiler, Finanzleute, Staatsmänner, ebenso wie ihre Gehilfen im Beamtenthum und Militär sind von untergeordneter Bedeutung, da sie von Ersteren einfach geschaffen sind, um den Reichthum auszufreuen, Ordnung zu halten, Recht zu sprechen und die Würde der Nation aufrecht zu halten.

„2) Die nationale Ehre muß durch ehrliche Bezahlung der Schulden gewahrt werden; jede Schuld, welche nicht ausdrücklich als in Gold zahlbar eingegangen ist, sollte in dem geschätzlichen Gelde bezahlt werden .....

„3) Kein Theil des Staatsgrundeigenthums sollte noch unter irgend einem Vorwand irgend einer Gesellschaft verliehen werden, und alle Ländereien, über welche noch nicht verfügt ist, sollten von dem Markte gezogen und nur in kleinen Theilen wirklichen Ansiedlern verliehen werden.

„6) Wir danken den Mehrheiten des Congresses und denjenigen Gesetzgebungen, welche es für weise und gerecht hielten, das Achtstundengesetz anzunehmen, und wir fordern die Behörden der Vereinigten Staaten und der oben erwähnten Staaten auf, durch Erzwingung der Forderung dieses Gesetzes ihm ihre Achtung zu erweisen.

„7) Die niedrigen Löhne, lange Arbeitszeit und die schädlichen Einrichtungen, zu welchen Massen von arbeitenden Mädchen und Frauen verurtheilt sind, zerstören die Gesundheit, gefährden die Sittlichkeit und sind ein bleibender Vorwurf für unsere Civilisation. Wir eruchen sie dringend, Gewerbe und Geschäfte zu lernen, unseren Arbeitervereinen beizutreten, oder irgend welche andere ehrenhafte Mittel zu gebrauchen, um die Männer zu überreden oder zu zwingen, damit jedes Weib ihrer Arbeit gemäß bezahlt werde.

„9) Wir empfehlen dem Volke, Massen-Versammlungen abzuhalten, um die Grundsätze der Nationalen Arbeits-Genossenschaft, welche im Aug. 1867 in Chicago angenommen wurden und hier weiter ausgeführt sind, anzunehmen und nur für diejenigen Candidaten zu stimmen, welche sich dafür erklären. Und sollten diese Grundsätze nicht von einer der beiden großen Parteien — einerlei welcher — angenommen werden, so rathen wir der Nationalen Arbeits-Genossenschaft, bei ihrem jährlichen Congress, der bald in dieser Stadt zusammentreten wird, einen unabhängigen Arbeiter-Candidaten für die Präsidentschaft aufzustellen und die Massen zu seiner Unterstützung zu vereinigen.“

Bekanntlich wurden die Erwartungen, welche einige heißblütige Hoffeguts von der demokratischen Konvention gehabt hatten, vollständig getäuscht, und der Congress der Arbeiter, der am 21. September in New-York zusammentreten wird, muß jetzt eine politische Thätigkeit entfalten.

\*) Unser Londoner Correspondent hat derselben bereits (in Nr. 33) erwähnt, jedoch nicht so ausführlich, als hier geschieht. A. d. R.

## Eine Stimme aus Amerika.

(Unsere Burschenschaftlern zu Ruh und Frommen.)

New-York, 20. August.

In hiesigen deutschen Blättern findet sich eine der (Berliner?) „Volkszeitung“ entnommene Notiz, laut welcher die Vertreter des „deutschen Burschenbundes“ auf dem letzten Burschentage in Eisenach beschlossen haben, den Zweikampf zwischen Mitgliedern der Verbindung selbst, unter gewissen nicht angegebenen Bedingungen oder Umständen zu gestatten. Aufrichtig gestanden, kann es wenig befremden, einen so schreienden Anachronismus unter der angeblichen Elite der studirenden Jugend im „Land der Denker“ zu begegnen. Denn die Beförderung, die durch den Grafen Bismarck dem diplomatischen Vertreter der hohenzollern'schen Majestät in Washington nach seiner Zurückberufung zu Theil geworden, (welch letztere in Folge des Duells mit einem im Dienste der Vereinigten Staaten stehenden Beamten und nach der von Herrn Seward der preussischen Regierung deßhalb gemachten Mittheilung nicht wohl zu umgehen war,) hat klar gezeigt, wie sehr man drüben an hoher Stelle das junkerliche Unwesen der Selbsthülfe zur Wahrung beleidigter Standesehre als Vorrecht und Auszeichnung der herrschenden Klasse betrachtet; daher mag denn auch das junge burschenschaftliche Deutschland es gleichsam für illoyal gehalten haben, sich mit solch hochehrlichen Ansichten in Widerspruch zu setzen. Die einer andern deutschen Zeitung entlehnte Nachricht, daß bei der jüngsten Versammlung der Burschenschaftsvereine zu Leipzig die größte Einigkeit geherrscht, läßt zudem vermuthen, daß man auch dort an dem in Eisenach gefaßten Beschluß keinen Anstoß genommen. Im Contrast zu dieser Erscheinung im burschenschaftlichen Leben mag hier auf längstverwichene Zeit verwiesen werden, wo zwar die deutsche Burschenschaft noch nicht auf der Höhe der jetzigen Zeitbildung stand, aber doch hie und da in mehr denn einem Punkt die darin vorwaltende Gesinnung und ihre Bethätigung dem gesunden Menschenverstande und ächt demokratischem Geiste besser entsprach.

Es ist hier speziell die Rede von der Leipziger Burschenschaft in den 20er Jahren, die seit ihrer Gründung um 1819 wiederholt damals und die später beliebten Demagogenhegen über sich ergehen sah, welche zahlreiche Relegationen, Carcerirungen, consilia abeundi und dergleichen mehr im Gefolge hatten. So fand um die Mitte des dritten Jahrzehnts hauptsächlich auf Betrieb Preußens, das damals schon durch die berühmte Denkschrift von 1822 seines Diplomaten Bernstorff seinen „Beruf“ zur Verpreßung Deutschlands erklärt hatte, eine große Razzia in der Leipziger Burschenschaft statt, die mit der Relegation der „Haupthähe“, Mittler's, Zahn's, Böhme's d. A. (Seeländer), Weiß's und Anderer endigte. Nichtsdestoweniger konstituirte sich die Verbindung 1826 auf Grund der früheren Konstitution auf's Neue, und die Anzahl ihrer wirklichen Mitglieder sowohl wie der Renoncen nahm in den darauffolgenden Jahren schnell zu; von den später bekannter gewordenen Namen befanden sich darunter Wil. Götte aus Braunschweig, der schon vor fast 20 Jahren zu früh der Wissenschaft durch den Tod entrissen ward, Schulze von Delitzsch, Rosen aus Lemgo, Hempel aus Altenburg, später Bürgermeister daselbst, Rob. Schumann, Ed. Burthardt und Andere.

Jedoch machten sich darin bald verschiedene Richtungen

unter den Mitgliedern wie unter den Affilirten bemerklich, insofern die Grundsuppe der Verbindung, von „Paukhähnen“ und Commersbrüdern beeinflusst, im Formenwesen des Schlag- und Bierbankcomments die wahre Studenteneigenhümlichkeit fand und aufrecht zu erhalten suchte, während eine kleine Anzahl die kindischen Spielereien studentischen Brauchs mit der Aufgabe vaterländischer Ausbildung zum späteren Dienst der Freiheit nicht vereinbar hielt; eine dritte Fraktion, aus dem sogenannten Fichtebränzchen, einer burschenschaftlichen Lesegesellschaft hervorgegangen, worin besonders Fichte's Reden an die deutsche Nation mit Eifer gelesen und darüber diskutiert wurde, mystisch-religiösen Charakters, obwohl theilweise von anderen Beweggründen geleitet, verfolgte mit den Letztgenannten vorerst das gleiche Ziel. Schon im Frühjahr 1828 setzten beide, zum Entsetzen der studentischen Hasser und Verächter der „Guten“, es durch, daß auf dem improvisirten Turnplatz der Verbindung im Milchgarten zu Gohlis ein junger Handwerker, H. Drechsler von Profession, zu den Turnübungen gleichberechtigt zugelassen wurde. Erwägt man dagegen, mit welch übermüthigem Hohne das halboffizielle Organ der norddeutschen Bundesregierung, die „Befreiung“, noch vor wenigen Monaten über den „Drechsler“ herfiel, den das allgemeine Stimmrecht in das „Sollparlament“ verschlagen, wo der Plebejer nicht wie so mancher Andere vor dem edlen Grafen Krumbuckeln mochte, so kann man sich einen Bers darauf machen, welchen Fortschritt in demokratischem Sinn und Wesen die „vornehme“ Gesellschaft in Deutschland in den letzten 40 Jahren gemacht hat. Wir armen Proletarier in Amerika müssen freilich, um unsere Interessen wahren und die zu diesem Zwecke von unseren Abgeordneten beliebten Gesetze vollstrecken zu lassen, mit Niegelspaltern, Fournier- oder anderen Schneidern, Gerbern, Schriftsetzern oder mit anderen redlichen Arbeitern uns behelfen; und deßhalb geht wohl Alles so schief bei uns; es wird uns daher zur „Rettung der Gesellschaft“ auch endlich nichts übrig bleiben, als den Prinzen eines gottbegnadeten Herrscherhauses mit einem tüchtigen Säbelkrasser aus der Schule der Blut- und Eisenpolitik aus Europa zu verschreiben, um Ordnung in unserem revolutionären Welttheil zu schaffen.

Doch zu unserem Gegenstand zurück! Den mit dem Formentram und dem damit getriebenen vielfachen Unwesen in der Verbindung Unzufriedenen gelang es endlich am 26. Aug. 1828, dem Todestag Körner's, den Beschluß zur Abschaffung der Konstitution durchzusetzen und an ihrer Stelle eine freie allgemeine Studentenschaft mit vaterländisch-freisinnigen Strebungen zu gründen; diese Abschaffung der Konstitution wurde nach erfolgtem Beschluß Nachmittags und Abends unter der sogenannten Königseiche im wilden Rosenthale in eigenthümlicher etwas revolutionärer Weise gefeiert; und diese Konstitution war doch so herrlich auf Pergamentpapier niedergeschrieben und die Blätter goldbeschnitten mit in Bundesfarben prangendem Einband versehen. Ach, Alles ist eben in dieser ewig dauernden Welt vergänglich!

Dieser Beschluß sagte aber eine thatsächliche Verzichtleistung auf das Duell in sich, und als solche ward sie auch von den damals in Leipzig bestehenden drei Corps betrachtet, mit welchen bis dahin die Burschenschaft im Cartellverhältniß gestanden. Da im unmittelbar darauf folgenden Semester eine Anzahl Mitglieder der Verbindung, welche für den Beschluß mit Wort und That eingestanden, andere Universitäten bezogen,

erhielt in der allgemeinen Studentenschaft bald die religiöse Fraktion das Uebergewicht, welche hinwiederum nur den Schweif des Leipziger Muckertums unter Leitung Dr. Lindners und des Kirchenrath's Hahn bildeten. Die dissentirenden Verehrer des Comments schieden deshalb 1829 in Masse aus und konstituirten sich als Marcomannia. Die Ereignisse nach der Julirevolution 1830 belebten aufs Neue die politischen Ideen der Burschenschaft, und neue Verfolgungen der Regierungen folgten der Gründung solcher Vereine auf dem Fuße und dauerten fort bis 1848, wo die allgemeine politische Bewegung das ganze Volk fortriß, deren Zweck jedoch an den Ränken und der Perfidie der Dynastien Habsburg und Hohenzollern scheiterte. Beinahe ein ganzes Jahrzehnt, von 1837 bis kurz vor dem Ausbruch der Märzbewegung 1848, stand die Leipziger Burschenschaft unter dem Einfluß Blum's und seiner dortigen Freunde, deren einer viele Jahre lang einem politischen Lehrfränzchen vorstand, woran Mitglieder der Burschenschaft regelmäßig theilnahmen. Doch davon vielleicht ein anderes Mal.

Ein Leipziger Burschenschaftler der zwanziger Jahre.

## Einladung zum Abonnement

auf das

# Mainzer Journal.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Sausen.

Bestellungen auf das vierte Quartal des Mainzer Journals für 1868 bitten wir rechtzeitig zu machen.

Unser Haupt- oder Morgenblatt liefert die leitenden Artikel und Originalcorrespondenzen, sowie alle bis elf Uhr Vormittags einlaufende telegraphische Depeschen; die Beilage oder das Abendblatt einen vollständigen Tagesbericht mit allen bis vier Uhr Nachmittags eintreffenden Neuigkeiten.

Die Rheinischen Blätter werden unserem Abendblatte als Beilage beigegeben, sie bilden jährlich zwei starke Quartbände und liefern an Material wenigstens so viel als zehn Bände des gewöhnlichen Romanformates. Wir geben jährlich drei bis vier größere Driginalromane bewährter deutscher und ausländischer Dichter, die sich bis jetzt überall eines ungetheilten Beifalls zu erfreuen hatten; außerdem Literaturberichte, Bilder aus der Länder- und Völkerkunde, Denkmündigkeiten zur Geschichte der Gegenwart und eine sehr reichhaltige Sammlung von vermischten Nachrichten.

Das Mainzer Journal mit seiner Beilage, dem Abendblatt, ist in einer starken Auflage über ganz Deutschland verbreitet, in Mainz selbst, im ganzen Großherzogthum Hessen, in Baden, am Niederrhein, in Kurhessen, Nassau und Rheinbayern gehört es zu den gelesensten Blättern. Es empfiehlt sich deshalb zu Anzeigen aller Art, die auf diesem Wege nicht bloß eine lokale, sondern allgemeine Verbreitung finden.

Das Mainzer Journal erscheint in Groß-Folio-Format und wird das einen Bogen starke Hauptblatt täglich, mit Ausnahme der Sonntage und der höchsten Feiertage, um zwölf Uhr Vormittags, das Abendblatt mit den Rheinischen Blättern um fünf Uhr Nachmittags ausgegeben. Bestellungen nehmen alle Postämter und Buchhandlungen an. Der Preis des ganzen Blattes ist hier in Mainz vierteljährig 2 fl.; auswärts mit dem üblichen Postaufschlage. Inserate aller Art werden aufgenommen und wird die vier-spaltige Petitzeile oder deren Raum sehr billig mit 3 kr. berechnet. Bloße Lokalanzeigen liefern wir noch billiger und bitten wir die Interessenten, sich deshalb mit unserer Expedition zu benehmen.

Bestellungen auf das Mainzer Journal (auch für einzelne Monate) nehmen alle Postämter jederzeit entgegen.

## Die Expedition des Mainzer Journals.

Verantwortlicher Redacteur: W. Liebknecht.  
Redaktion: Braustraße 11.

Leipzig.

Druck und Verlag: C. W. Volkraath.  
Expedition: Windmühlenstraße 14.

## Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Oktober eröffnen wir ein neues Vierteljahrs-Abonnement. Wir werden auch künftighin in allen inneren und äußeren Fragen die Grundsätze des Rechts, die Einigung Gesamtdeutschlands auf wahrhaft bündestaatlicher Grundlage, unter Wahrung der möglichsten Selbstständigkeit der einzelnen Stämme und Staaten vertreten, die einheitsstaatliche, freiheitsvernichtende Gleichmacherei dagegen, wie bisher, entschieden bekämpfen. An der Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen werden wir kräftig mitarbeiten, und zwar im Geiste des Nürnberger Programms. Insbesondere haben wir auch Anstalten getroffen, daß von jetzt ab in unserem Blatte die Gesinnung der kurhessischen Bevölkerung in eingehenderen Berichten Ausdruck finde und unsere Leser von Vorgängen aller Art in Kurhessen schnell und getreu Kenntniß erhalten.

Unser Feuilleton, die „Feierstunden“, wird in bisheriger Weise spannende Erzählungen und interessante kürzere Mittheilungen liefern. Ganz besonders dürfen wir auf eine neue, Anfangs Oktober beginnende Novelle: „Noth-Weiß“ aufmerksam machen, die denselben Verfasser hat, wie die so beifällig aufgenommene Erzählung: „In der Klemme“, und der kurhessischen Geschichte entnommen ist.

Der Abonnementspreis für das Quartal ist bei der Expedition 22 1/2 Sgr., bei allen Postanstalten innerhalb Preußens 26 1/4 Sgr., bei sämtlichen Postanstalten der nicht preussischen norddeutschen Staaten 20 Sgr., bei den Poststellen der übrigen zum deutsch-österreichischen Postvereine gehörigen Länder 24 Sgr.

Kassel, im September 1868.

Redaktion und Expedition der „Hessischen Volkszeitung“.

Der

# „Mainzer Anzeiger“,

unstreitig das billigste aller Tagesblätter,

bringt politische und andere Neuigkeiten so früh als irgend eine andere Zeitung, nöthigenfalls durch Extrablätter.

Der „Mainzer Anzeiger“ kostet vierteljährig durch die Post bezogen: 1 fl. 9 kr.

Inserate finden bei der großen Auflage des Blattes (6400) die beste Verbreitung.

Indem wir zum neuen Abonnement auf das nächste Quartal ergebenst einladen, ersuchen wir auswärtige Abonnenten, ihre Bestellungen bei der nächstgelegenen Poststelle aufzugeben.

## Die Expedition des „Mainzer Anzeiger“.

In demselben Verlage erscheint auch die

## Deutsche Wein-Zeitung

in einer Auflage von 2500 Exemplaren, worauf man ganz aufmerksam macht. — Inserate werden mit 4 kr. die Petitzeile berechnet.